

und Einstellungen zur konkret-historischen Praxis der Arbeiterbewegung im Kontext kontroverser Meinungen und Deutungen einzuordnen.

Der Beitrag zu Führung und Basis der Spartakusgruppe in den Jahren 1915–1918 liefert auf der Basis von Polizei- und Gerichtsakten u. a. eine kurze biographische Übersicht über die Mitglieder des Kreises um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sowie quantitative Auswertungen dessen Zusammensetzung nach Alter, Familienstand, Beruf, Partei- und Gewerkschaftsfunktionen. Damit wird ein erster Schritt in Richtung einer kollektivbiographischen Erfassung der unmittelbaren Träger von revolutionären Gruppierungen und Bewegungen der Kriegs- und Revolutionszeit getan.

Neben den die Tätigkeit Luxemburgs oder die Aktionen der Arbeiterbewegung während des Kriegs behandelnden Beiträgen enthält der Band auch mehrere Skizzen, meist biographischen Charakters, die Personen aus ihrem Umkreis gewidmet sind. So werden sowohl Clara Zetkins Einfluss auf die Spartakusgruppe als auch etwa die Rolle von Mathilde Jacob, einer Freundin und Weggefährtin Luxemburgs, innerhalb dieser Gruppe und später in der KPD näher beleuchtet. Der Skizze über Jacob sind außerdem zwei ihrer Briefe an Zetkin aus dem Jahre 1919 beigelegt. In zwei weiteren Beiträgen werden darüber hinaus die Lebenswege von Fanny Thomas-Jeziarska, einer internationalen Sozialistin, Komintern-Mitarbeiterin und Angehörigen der deutschen kommunistischen Opposition, sowie von Julius Gerson und Eduard Fuchs, Spendensammlern für die Aktionen der Spartakusgruppe, dokumentiert.

Im Ganzen bietet der Band eine – wenn auch nicht systematische – Zusammenfassung der Darstellungen zu Ereignissen, theoretischen und politischen Auseinandersetzungen und einigen Akteuren aus dem Umfeld der sozialistischen Bewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges und der Revolution aus der Perspektive der basisdemokratischen Vorstellungen von Rosa Luxemburg und spiegelt somit den Kenntnisstand der letzten Jahrzehnte, mit Ergänzungen und Erweiterungen durch zugänglich gewordene Archivalien, wider.

Dimitrij Owetschkin

Die Weimar Republik als politische Sozialgeschichte

Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart: Klett-Cotta 2008, 864 S., 45.00 €.

Mit ihrer breit angelegten Gesamtdarstellung der Geschichte der Weimarer Republik möchte die Hamburger Historikerin Ursula Büttner eine fortlaufende Erzählung und zugleich ein Nachschlagewerk vorlegen. Dabei sieht sie sich den Prinzipien einer politischen Sozialgeschichte verpflichtet, da diese es „durch die Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer und kultureller Entwicklungen am besten [ermögliche], die historischen Ereignisse in den verschiedenen Bereichen in ihrem Zusammenhang zu sehen“ (S. 18). Diesen theoretischen Vorannahmen entsprechend, stellt sie in ihrem kurzen Forschungsüberblick zu Beginn des Buches vor allem die ältere politik- und sozialgeschichtliche Weimar-

Forschung vor. Detlev Peukerts Deutung der „Krisenjahre der klassischen Moderne“ fehlt dabei überraschenderweise, und auch die an ihn anschließenden Arbeiten der letzten Jahre werden nur en passant erwähnt.

Im Aufbau des Buches folgt Ursula Büttner der klassischen Periodisierung der Weimarer Republik. In drei Großkapiteln untersucht sie „Begründung und Aufbau der Demokratie 1918–1923“, die „Stabilisierung auf gefährdeter Grundlage 1924–1930“ und „Wirtschaftsdepression, Staatskrise und nationalsozialistischer Angriff“ beziehungsweise den „langen Untergang der Republik“ von 1930 bis 1933. Zwischen diesen Kapiteln, in denen eine vor allem politik- und wirtschaftsgeschichtliche Narration entlang zentraler Ereignisse entwickelt wird, steht ein systematischeres Querschnittskapitel zu „Deutschland in den zwanziger Jahren: eine Gesellschaft zwischen Beharrung und Fortschritt“. Eine hundertseitige, etwas unübersichtlich gegliederte Bibliographie, eine Zeittafel und viele gut ausgewählte und informative Statistiken sowie ein Sach- und ein mit Lebensdaten und Funktionen versehenes Personenregister runden das Buch ab und machen es zu einem nützlichen Nachschlagewerk.

Die Geschichtsschreibung über die Weimarer Republik wurde lange Zeit von politischen Auseinandersetzungen geprägt. Bei der Betrachtung der revolutionären Anfangsphase und der von der Weltwirtschaftskrise und den Präsidialkabinetten geprägten Endphase stand oftmals weniger die Frage im Vordergrund der Forschungsliteratur, warum die Beteiligten so handelten, wie sie eben handelten. Vielmehr ging es den Autorinnen und Autoren im Kern darum zu bestimmen, ob richtig oder falsch gehandelt wurde, welche Alternativen bestanden und wem Schuld und Verantwortung für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie zuzusprechen sei. Diese Perspektive prägt auch die vorwiegend politikgeschichtlichen Abschnitte in Ursula Büttners Gesamtdarstellung, in denen sie die verschiedenen Kabinette und ihre politischen Handlungen nacheinander vorstellt und parallel die Strategien der wichtigen im Reichstag vertretenen Parteien untersucht. Ihre Sympathien liegen hier eindeutig bei der Mehrheitssozialdemokratie, der sie fast immer Realismus und Verantwortungsbewusstsein attestiert (zum Beispiel S. 497).

Für die Anfangsphase der Republik betont Ursula Büttner, dass der Kompromiss mit den alten Eliten, die Zusammenarbeit mit der OHL und der Bürokratie die „einzig mögliche verantwortungsbewußte“ (sic) Handlungsweise gewesen sei, um das Chaos zu vermeiden (S. 43–53). Auch zur sogenannten „Erfüllungspolitik“, die Reichskanzler Hermann Müller bereits 1919 vertreten habe, habe es „keine realistische Alternative“ gegeben (S. 157). Obwohl Büttner oftmals die Kriterien offenlegt, nach denen sie diese Urteile über vergangene Möglichkeitsräume fällt, hätte man sich hier bisweilen eine genauere Argumentation darüber gewünscht, was in den jeweiligen historischen Konstellationen von wem für möglich gehalten wurde oder werden konnte. Schließlich waren diese und andere Fragen in der Weimarer Republik hoch umstritten und die politische Dynamik ergab sich gerade daraus, dass oftmals einflussreiche Gruppen andere Positionen vertraten als diejenigen, die nach Büttner verantwortungsbewusst und alternativlos waren.

In ihrer Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung kommt Büttner im Unterschied zu Arbeiten, die nur die destabilisierende Wirkung der Inflation betonen, zu einem ausgewo-

genen Urteil über deren Vor- und Nachteile. Auch wenn die Geldentwertung für viele Bevölkerungsgruppen katastrophale Auswirkungen hatte und sich als Negativerfahrung einbrannte, habe die Inflation zunächst auch positive Auswirkungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gehabt. Ohne sie wäre der Aufschwung der deutschen Wirtschaft nicht möglich gewesen (S. 171 f.). Ebenso differenziert argumentiert Büttner in Bezug auf die oft als Stabilisierungsphase bezeichneten Jahre von 1924 bis 1929, dass diese Zeit zwar wirtschaftlich ruhiger war als die Zeit der Inflation und Weltwirtschaftskrise, aber angesichts von sechs Regierungswechseln in viereinhalb Jahren nicht eben stabil zu nennen ist. Trotz aller Belastungen und Schwierigkeiten der Republik sei jedoch der Übergang zu den Präsidialkabinetten – anders als konservative Kräfte in den 1920er Jahren behaupteten – „keine aus der Not geborene zwangsläufige Reaktion [gewesen,] sondern [...] mit dem Ziel des dauernden Verfassungswandels über längere Zeit bewußt (sic) vorbereitet“ worden (S. 395).

In Bezug auf die Brüning'sche Deflationspolitik argumentiert Büttner gegen Knut Borchardt, dass es zu dieser sehr wohl Alternativen gegeben habe, die von Brüning selbst gesehen, aber angesichts von übergeordneten außenpolitischen Zielen nicht ergriffen worden seien (S. 462 f.). Den Aufstieg der NSDAP schildert sie eindrücklich, ohne die wachsende Unterstützung der Partei zu linear auf Verunsicherungen während der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen. Vielmehr betont sie auch die vorangegangenen Mobilisierungen in bestimmten Bevölkerungskreisen, wobei man hier – gerade auch über eine genauere Einbeziehung der nationalsozialistischen Wahlkämpfe und Parteioorganisation – vielleicht noch genauer hätte sein können, soweit das im Rahmen einer Überblicksdarstellung möglich ist. Jenseits ihrer allgemeineren sozialhistorischen Überlegungen wird Büttners Analyse des Endes der Republik dann stark personalisiert, indem sie letztlich der konservativen Kamarilla um Hindenburg die Verantwortung für die „Auslieferung der Macht an Hitler“ gibt.

Macht wird hier offenbar nicht als komplexe Beziehung zwischen verschiedenen Akteuren verstanden, sondern als etwas, das man besitzen und über das man verfügen kann. Damit unterscheidet sich Büttner von neueren Überlegungen zur Kulturgeschichte der Politik: Kultur ist hier kein integraler Bestandteil von Politik- und Sozialgeschichte, sondern vielmehr ein Teilbereich, der neben den anderen zu stehen scheint. Das zeigt sich vor allem in ihrem Kapitel zur deutschen Gesellschaft in den 1920er Jahren. Diese wird wesentlich sozialstatistisch erfasst, auf ihre Selbstdeutungen und Formen Weltaneignung wird dagegen kaum eingegangen. Kultur unterteilt Büttner in Hoch- und Populärkultur und versteht beide vor allem als „Widerspiegelungen“ der politischen oder sozialen Verhältnisse, anstatt ihnen eine eigene Entwicklungslogik und auch Wirksamkeit zuzugestehen (Formulierungen auf den Seiten 297, 324 und 326). Darüber hinaus übernimmt sie den konservativ-kulturpessimistisch imprägnierten Topos der „Massenkultur“ einfach als Analysekategorie, anstatt ihn selbst zu historisieren.

Insgesamt können die auf Kultur und Gesellschaft bezogenen Abschnitte weniger überzeugen als die Schilderung der politischen Ereignisabläufe. Diese gerät bisweilen zu einer Geschichte der Handlungen einzelner Akteure, die in genauen Porträts vorgestellt werden. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen dieser Geschichte und damit auch die spezifische

Explicationsleistung der Sozialgeschichte werden dabei nicht immer deutlich. Nichtsdestoweniger überzeugt die Erzählung durch Engagement, Präzision und flüssigen Stil, wobei man über einzelne Wertungen angesichts ihrer letztlich politischen Imprägnierung wohl weiter streiten können.

Am Ende des Vorworts bedankt sich Ursula Büttner bei Wolfgang Benz, der „die Veröffentlichung durch seine Überzeugungskraft entscheidend gefördert“ habe, wofür sich dieser wiederum auf dem vom Verlag gestalteten Schutzumschlag mit der Bemerkung revanchiert, es handele sich um eine „für lange Zeit uneinholbare Darstellung der Weimarer Republik“. Aus stärker kulturhistorischer Perspektive drängt sich bei dieser Formulierung die Frage auf, ob Büttners Gesamtdarstellung nicht vielleicht überholt werden kann, ohne sie einzuholen. Dazu müssten die neueren Ansätze der Weimar-Forschung zu einer integrierten Deutung verbunden werden. Vielleicht sind die Arbeiten, die in den letzten zwanzig Jahren die Verhaltensweisen, Aneignungs- und Deutungsleistungen der historischen Akteure gegen die Dominanz der sozialhistorischen Betrachtung in den Mittelpunkt gestellt haben, allerdings zu heterogen, als dass sie in einer Geschichte auf ein paar hundert Seiten zusammengeführt werden könnten. Eine solche neue Geschichte der Weimarer Republik bleibt jedenfalls noch zu schreiben. Über ihre politische Sozialgeschichte hingegen informiert Ursula Büttner umfassend und kompetent.

Rüdiger Graf

Alltagsprobleme einer revolutionären Partei: Eine Sozialgeschichte der Weimarer KPD und ihrer Mitglieder

Ulrich Eumann: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main etc.: Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften 2007, 379 S., 59,70 €.

Die Forschung zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) war lange Zeit von einem entscheidenden Mangel geprägt: Die in erster Linie politikgeschichtlichen, z. T. in hohem Maße ideologisch gefärbten Arbeiten gründeten sich durchweg auf der Annahme, die Parteiführung habe ihre Beschlüsse ohne Widerstände in der willfähigen Basis verankern können. Dass es bereits auf der Ebene der Funktionäre Reibungsverluste geben konnte und die „Parteisoldaten“ der KPD somit „einen möglichen Störfaktor in der Kommunikation zwischen Partei und Bevölkerung“⁸ darstellten, war dabei nur ein Teil des Versäumnisses.

Inwieweit das einfache KPD-Mitglied in der Weimarer Zeit nicht nur ein willkommenes und wehrloses Objekt der Durchherrschung „von oben“, sondern ein ernst zu nehmender

8 Till Kössler: Vom Soldaten zum Manager. Kommunistische Funktionäre nach 1945, in: ders./Helke Stadtland (Hg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933, Essen: Klartext Verlag 2004, S. 179–201, hier S. 181 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A, Darstellungen; Bd. 30).